Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

…nnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst …Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. …die Post bezogen vierteljährl. M 2.75. unter Kreuzband für Deutschland und …reich-Ungarn M 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1763. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.**

Nr. 83. | Dresden, Montag den 10. April 1911. | 22. Jahrg.

Steuerscheu und Sozialistenhetze.

Das Haus der Herren von Preußen beendete am …abend die Etatsdebatte mit einigen Darbietungen von …einer politischer Bedeutung. Nach einer Erörterung über …schüsse für den Staatshaushaltsetat, an der sich haupt…ch die Bankdirektoren Gwinner und Delbrück be…, entstand durch das Eingreifen des Professors Adolf …er eine kleine, aber charakteristische Auseinandersetzung … die Entwicklung des Steuerwesens in Preußen. Professor …er ist wohl eingedenk jener Versammlung, in der er …n seines Eintretens für den Ausbau der Reichserbschafts… von seinen konservativen Freunden wüst ausgelacht und …schrien wurde, er vermied jedes Eingehen auf die …steuerfragen, hielt es aber für seine Gewissenspflicht, … die Verschärfung der direkten Steuerzahlung durch die …habenden und reichen Leute zur Aufbesserung der …schen Staatsfinanzen zu fordern. Der durchaus kon… gerichtete Gelehrte, der sich aber von dem einseitigen …ismus der Junkerpartei nicht seine selbständige …inzelnen Fragen rauben läßt, führte aus:

„Ich habe vielleicht auch wieder hören müssen: Du bist ein …. Wir sind aber doch auch insofern Praktiker, als wir … zahlen müssen. Aber der Vorteil des Gelehrten gegen… dem Praktiker liegt darin: wir sind weniger interessiert, sind … und haben deshalb auch Gelegenheit, objektiver zu …teilen. Und da muß gesagt werden, es ist gar nicht möglich, … indirekte Verbrauchssteuern **alles zu erreichen.** Die indirekten …steuern belasten **überwiegend die unteren und mittleren …, und die reicheren Klassen werden weniger betroffen.** Deshalb …n wir eine scharfe **Ergänzung haben in den direkten Steuern.** …a es sich nicht so sehr um Realsteuern handeln, sondern über…nd um Personalsteuern, **um Einkommen- und Vermögenssteuer.** …geht nicht ohne eine schärfere Heranziehung auch … Kapitalvermögens. **Da mögen uns die Bankdirektoren** …gegen, wie man gerade **diese Vermögen, die zu ihrem Fach…** …gehören, mit der Steuerschraube **erfassen kann.** Das ist nötig, … nicht der kleine Mann sagen kann, **warum besteuert ihr nur** … Genußmittel! Aber **nicht nur das Kapital, sondern auch die** …ren Einkommen müssen **schärfer herangezogen werden.** …er Progression bis zu 4 Prozent bei 100 000 M. **dürfen wir** … stehen bleiben. **Da halte ich mich gerade an die konser**… Partei. Gewiß, Sie werden **am schärfsten betroffen** und nach … Ihres Besitzes schärfer getroffen **als andere. Aber es wird auch** … heißen, die Verpflichtung **für den Staat und das Gemeinwesen** zu …len nach dem alten schönen Wort: Noblesse oblige, richesse oblige. … verlange ich. Die Heranziehung **des Vermögens bleibt so lange** …richtige als wir gerade **in dieser Form der Vermögenssteuer** — … großen Härten gegen den ländlichen Grundbesitz verkenne ich … — das einzige praktische **Mittel haben, um den wirklichen Besitz** …fer zu treffen **als das erarbeitete Einkommen. Preußen muß auf** … Gebiete der direkten Steuerpflicht in der schärferen Heranziehung … reicheren und besitzenden **Klassen Deutschland ein Beispiel geben.**"

Die Herrenhäusler haben diesmal den „Stubengelehrten" … niedergebrüllt, sie wissen wohl, daß seine Anschauungen … Aussicht auf Verwirklichung durch die Regierung haben, … können sie den alten Professor schon ein wenig poltern …n. Aber sogleich der folgende Redner Fürst zu Salm-…stmar ließ erkennen, wie die Edelsten über die Ent…lung des Steuerwesens gesonnen sind. Da erklang aller…s eine ganz andersartige Melodie: Nicht mehr Steuern …n wir zahlen, wir sind schon allzusehr belastet und müssen … betteln gehen! Der Fürst zu Salm erfand ganz hübsche …dungen des alten Themas von den Rittergutsbesitzern, … unter den geflickten Strohdächern ein erbärmliches Dasein …n müssen. Er sagte u. a.:

„Die Bemerkung des Herrn v. Gwinner, **daß wir schon jetzt reichlich** … Steuern versehen sind, freut mich um so mehr, **als er zweifellos** …tual sehr viel weniger **Steuern zu zahlen hat als wir armen** …besitzer. Ich halte eine **Neuordnung unseres ganzen Steuer**… besonders der Kommunalsteuern, für notwendig. Wie die Ver… jetzt liegen, ist der ländliche und städtische Grundbesitz überall …. Daß die Kommunen steigende Ansprüche haben, ist … zu bestreiten, und man kann auch die Staatsregierung nicht ganz … der Verantwortung freisprechen. Wenn sie aus allen möglichen … Gründen **die schönsten Schulpaläste** mit so und soviel … verlangt, dann ist es kein Wunder, daß die kommunalen … so angeschwollen sind. (Zustimmung.) . . . Dazu kommen noch … Lasten, die wir auf dem Lande zu zahlen haben. Die …, Alters- und Unfallversicherung ist ja gewiß sehr schön, … wir müssen verlangen, daß auch der **Kapitalbesitz** entsprechend dazu …gezogen wird. Wenn das nicht endlich bald ein Ende findet, … dahin kommen, **daß die bisher wohlhabenden Leute** … herabsinken, und daß **die Alters- und Invalidenversicherung** … früher wohlhabenden **Kreise ausgedehnt werden muß.** (Heiterk.) … müssen dann wünschen, daß auch die **Bindung der Fideikommisse** …oben wird, und wir möglichst **bald verkaufen und ins Ausland** …. Ich bitte deshalb **die Staatsregierung um eine gleich**… Besteuerung aller Staatsbürger." (Zustimmung.)

Das ist ein ganz artiges **Bild agrarischer Denkart.** …lageruf: „Wir armen Grundbesitzer!" reiht sich die … gegen die „schönen Schulpaläste" und der Groll …ie „sozialen Lasten" an. So kann's nicht weitergehen, …fallen die Fürsten und Freiherren der Invaliditäts…rung anheim, müssen ihre lumpigen Fideikommisse ver… und dem schnöden Vaterlande den Rücken kehren! …emand war da in diesem Hause der Herren, der … türkischen Leistungen eine Erwiderung gefunden …. Statt dessen folgte auf die Steuerscheu-Rede des Fürsten … eine Hetzrede gegen die Partei, die … ungemäßigten Vorrechten der Edelsten den schärfsten Kampf … gegen die Sozialdemokratie. Herr Jesko v. Puttkamer sprach die Herzenswünsche seiner Standesgenossen aus und beschwor die Regierung, gegen die „Umsturz"partei mit mehr Entschiedenheit vorzugehen. Er ermahnte auch die liberalen Parteien, sich nicht den Sozialdemokraten anzunähern, und er bedrohte sie, daß die Konservativen ihnen die Hilfe versagen wollen, falls sie, die Liberalen, nicht jede Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie aufgeben würden. Vor allem forderte Puttkamer neue Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterbewegung:

„Die heiligsten Güter werden tagtäglich von den Sozialdemokraten mit dem bittersten Spott übergossen, offen wird für die sozialistische Republik agitiert, das Heer zum Verrat am Vaterlande aufgefordert. Fürst Bülow hat zwar erklärt, die vorhandenen Gesetze reichen aus, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, er hat auch der Sozialdemokratie einmal eine Niederlage beigebracht. Aber das war nur vorübergehend; man darf nicht übersehen, daß selbst bei den Blockwahlen die sozialdemokratischen Stimmen gewachsen sind. . . . Wie steht es nun mit der Regierung? Sie hat ja an eine Verschärfung des Strafrechts und dergleichen gedacht. Es ist aber nur zu fürchten, daß die in Aussicht gestellten Maßnahmen den Kern der Sozialdemokratie nicht treffen. . . . Unter keinen Umständen dürfen wir dulden **die Herrschaft der Massen,** darum müssen wir rechtzeitig mit allen Mitteln der Staatsgewalt **den Kampf gegen den Umsturz der staatlichen Gesellschaft durch die Sozialdemokratie** aufnehmen. Ich weiß sehr wohl, daß das leichter gesagt als getan ist. **Diesen Kampf bis in die äußersten Konsequenzen durchzuführen, dazu gehören Nerven,** wie sie **Bismarck** und **Roon** gehabt haben. Der zukünftige **Kampf** wird aber noch viel größere Schwierigkeiten und Gefahren bieten. Erspart wird er uns auf die Dauer nicht bleiben. Wenn die Sozialdemokratie sich so immer weiter verbreitet, dann wird sie gewiß nicht zögern, mit allen **Schrecken der Revolution über uns herzufallen.** Sollen wir etwa diesen Zeitpunkt ruhig abwarten, sollen wir warten, bis noch weitere Kreise des Volkes, namentlich der Landbevölkerung, so durchseucht sind, daß sie der Sozialdemokratie keinen Widerstand mehr leisten? Oder wollen wir uns etwa einbilden, daß sich die Sozialdemokratie zu einer gemäßigten Arbeiterpartei durchmausern wird? **Was wir brauchen, ist ein starkes Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten.** Es gibt keine geeignetere Stelle als das Herrenhaus, ein ernstes Mahnwort an die Parteien und an die Regierung zu richten. Deshalb habe ich es für meine Gewissenspflicht gehalten, ein Wort der Sorge zu sprechen, die alle wahrhaften Patrioten erfüllt. Herr v. Bennigsen hat einmal gesagt: Wo ist eigentlich die Autorität in Deutschland, sollen wir warten, bis die Revolutionäre auf uns losschlagen? Mögen diese Worte von der Regierung beherzigt werden, und möge die Fortschrittliche Volkspartei wieder den Spuren Richters folgen, dann dürfen wir hoffen, der Umsturzbewegung Herr zu werden." (Lebhafter Beifall.)

Auf diese wüste Hetzrede des Puttkamer erteilte der preußische Minister v. Dallwitz eine überaus zustimmende Antwort. Auch er stimmte die heuchlerische Terrorismus-Litanei an und bestätigte nochmals, daß im künftigen Strafgesetzbuch der Versuch gemacht werden solle, „die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen besser zu lösen als es jetzt der Fall ist". Auch stellte er die Polizei ganz und gar zur Verfügung für das Unternehmertum. Vom systematischen Terrorismus des Junkertums und der Kapitalistenklasse war bei alledem nicht mit einer Silbe die Rede.

Die preußischen Herrenhäusler haben wieder brav gearbeitet, um der Bevölkerung zu zeigen, wie die politischen Dinge bei uns bestellt sind. Die Losung dieser edelsten Herrschaften lautet: Abwälzung der Lasten auf die arbeitenden Klassen und, falls sich diese Klassen zur Wehr setzen gegen die Bedrückung und ihre Lebenslage zu verbessern versuchen, dann „mit starken Nerven" Ausnahme- und Gewaltgesetze zur Durchführung bringen! Die Arbeiterklasse weiß, was sie von dieser Reaktion zu erwarten hat und sie wird sich danach zu richten wissen!

Singers Wahlkreis.

Heute wählt der vierte Berliner Wahlkreis den Nachfolger Paul Singers für den Deutschen Reichstag. Es wird kein aufregender Wahlkampf werden. Der Ausgang wäre ja auch dann gewiß, wenn die Konservativen und die Fortschrittler nicht von vornherein darauf verzichtet hätten, sich an der Wahl zu beteiligen. Berlin IV ist seit 1884 in sozialdemokratischem Besitz und bei der letzten Wahl im Jahre 1907 erhielt

die Sozialdemokratie	82 089	Stimmen
der Freisinn	15 749	„
die konservative Partei	6 601	„
das Zentrum	2 708	„

Dabei war die freisinnige Stimmenzahl infolge der nationalen Hottentottenhetze damals noch besonders hoch. 1903 hatte sie nur 9008 gegen 68 758 sozialdemokratische Stimmen betragen, und unter normalen Umständen würde sie diese Höhe kaum wieder übersteigen können.

Die bürgerlichen Parteien haben klug gehandelt, indem sie das Feld, auf dem sie schon so viele Niederlagen erlitten, diesmal kampflos der Sozialdemokratie überließen. Dem Kandidaten der Partei, Genossen Büchner, braucht das Herz nicht zu klopfen, wenn es an die Verkündigung des Wahlresultats geht. Singers Kreis ist felsenfest sicher, und in dieser felsenfesten unerschütterlichen Sicherheit spiegelt sich ein Stück des Wesens des von uns gegangenen Führers. Wo Paul Singer gebaut hat, läßt sich gut und sicher hausen.

Der vierte Berliner Wahlkreis, der den Osten und Südosten der Reichshauptstadt umfaßt, gehört zu den größten **Wahlkreisen des Reiches. Wo vor vierzig Jahren noch nicht** viel mehr als 100000 Berliner wohnten, da wohnen jetzt 580000! Ginge es nach dem Gesetz, das auf je 100 000 Einwohner einen Abgeordneten vorschreibt, so hätte Berlin IV statt eines fünf oder sechs Abgeordnete zu wählen und die würden, nach der politischen Struktur des Kreises, alle stramme Sozialdemokraten sein. Die Wahl vom 10. April führt somit der arbeitenden Großstadtbevölkerung aufs neue die Entrechtung drastisch vor Augen, die sie durch die Nichtausführung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung erfährt und vielleicht wird sie auch den Erfolg haben, eine — längst notwendige — Bewegung gegen die alte verrottete Wahlkreiseinteilung in Gang zu bringen. Es ist durchaus nicht einzusehen, warum es sich der Großstädter gefallen lassen muß, **ein zehn- und zwanzigmal schwächeres Wahlrecht** zu haben als irgendein Landbewohner in einer weltentlegenen, spärlich bewohnten Gegend.

Allerdings scheint der Kreis, der im Jahre 1907 erst rund 520 000 Einwohner zählte, der also in den letzten vier Jahren um nicht weniger als 60 000 Köpfe zugenommen hat, sich jetzt der oberen Grenze seiner Aufnahmefähigkeit rasch zu nähern. An seiner Peripherie ist er durch zwei andere Riesenwahlkreise, Niederbarnim und Teltow, begrenzt, die sich noch einen teilweise ländlichen Charakter bewahrt hatten, während der vierte durch und durch städtisch ist. Auch hier beginnt sich schon die Erscheinung bemerkbar zu machen, daß sich an den Hauptstraßen eine Art City bildet, daß der Mietbedarf der Geschäfte die Wohnungsmieter in die oberen Stockwerke, in die Nebengassen und schließlich noch weiter hinaus drängt. Gerade in den letzten Jahren sind weite Straßenzüge des Berliner Ostens in ihren unteren Stockwerken mit Geschäftsräumen besetzt worden. Tausende von Proletariern sind aus ihren Parterrewohnungen ausgezogen und viele von ihnen haben sich außerhalb des Kreises, im Teltower Gebiet, niedergelassen. In den Zählungsergebnissen einzelner Wahlbezirke dürfte sich diese neue Bevölkerungsbewegung diesmal schon bemerkbar machen.

Die Berliner Genossen hoffen es diesmal auf 100 000 Stimmen zu bringen. Ob es ihnen gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen, darüber darf man ja zweifelhaft sein, ja man muß sich darauf gefaßt machen, daß das Ergebnis sehr, sehr weit hinter diesen Erwartungen zurückbleiben wird. Eine Nachwahl ohne Gegenkandidaten in einem bombensicheren Kreis — der „Zählkandidat" des Zentrums, Graf Oppendorff, „zählt" ja in Wirklichkeit gar nicht — bietet den Wählern recht geringen Anreiz zur Betätigung. Wünschenswert bleibt es natürlich trotzdem, daß die Partei bei dieser Nachwahl mit ihrer Stimmenzahl möglichst gut abschneidet, und zu diesem Zweck wird auch der gewaltige Apparat der Berliner Arbeiterbewegung in umfassender Weise in Bewegung gesetzt. Was dieser Wahl an innerer Spannung und an Reiz des unmittelbaren Kampfes fehlt, muß ersetzt werden durch politische Einsicht und wirksame Organisation. Auf alle Fälle darf mit Bestimmtheit erwartet werden, daß der Kreis Singers den ersten Wahltag ohne seinen „Paul" mit Ehren bestehen wird.

Der Aufstand der Albanesen.

Die Lage ist für die Türkei und die türkischen Truppen sehr ernst. Dieser Grundton durchklingt alle Telegramme aus dem Aufstandsgebiet und gibt den Voraussetzungen recht, die wir schon in der Sonnabendnummer an die Nachricht knüpften, worin eine den Türken günstigere Situation gemeldet wurde. Im Gegenteil! Seitdem die Arnauten in die Berge zurückgegangen sind, haben sich wiederum neue Rebellenkorps ihnen zugesellt und — mit den neuesten Waffen ausgerüstet — gehen sie gegen die türkischen Truppen vor. Sie haben den Türken einen Kampf bei Tuzi geliefert, der den ganzen Tag über anhielt und die Türken viele Tote und Verwundete kostete. Die Albanesen hatten eine vorzügliche Position inne, und trotzdem die Türken bei dem Kampfe eine große Anzahl Kanonen verwandten, wurden sie von den Albanesen zum Rückzug gezwungen. Die Albanesen besetzten darauf den Ort Detschitsch und gingen weiter bis Skutari vor, wo sie eine Anzahl mohammedanischer Dörfer überfielen und Bewohner in großer Zahl niedermachten.

In der Türkei wird allgemein angenommen, daß sich unter den aufständischen Albanesen aktives montenegrinisches Militär befinde. In die Heimat zurückgekehrte Flüchtlinge erklären, die montenegrinische Regierung habe sie aufgefordert, sich mit den Malissoren zu vereinigen. Die türkische Regierung hat sich darum neuerdings an die Großmächte gewandt und diese ersucht, Montenegro zu veranlassen, Neutralität in dem Kampfe zu wahren.

Mag nun an der Sache wahres sein oder nicht: für die türkische Regierung wird die Situation immer kritischer und unangenehmer. Nicht allein die Albanesen machen ihr schwere Sorge, auch die Lage im Jemen ist nicht ihrem Wunsche entsprechend und wie sie es hinstellen möchte. Die aufständischen Araber sind zwar in der letzten Woche zurückgeschlagen worden, aber schon heißt es, daß sie die Stadt Sanaa von neuem bedroht hätten. Unruhen an allen Ecken des türkischen Reiches und dazu noch die Grenzkonflikte mit den Griechen!

Ueber die neuesten Vorkommnisse im einzelnen liegen **folgende Meldungen vor:**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110410/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG